

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 83 (1996)
Heft: 6: Englischunterricht an der Primarschule

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Aargau

Die Aargauer Schulpolitik ist auf Schleuderkurs

Ein Leitbild sollte der Schule im Aargau den Weg in die Zukunft weisen. Statt dessen stiftet es Unfrieden. Die vorberatende Kommission des Kantonsparlamentes ist heillos zerstritten. Und die Aargauer Schulpolitik droht ins Fahrwasser des VPM zu geraten.

Tages-Anzeiger, 3.5.1996

Bern

Die klimafreundlichsten Schulklassen der Schweiz

Greenpeace hat letztes Jahr einen Wettbewerb für Schulklassen ausgeschrieben: «Greenpeace sucht die klimafreundlichste Schulklasse der Schweiz». Der Wettbewerb ist abgeschlossen, der zweite Preis ging an die Kleinklasse von Heinz Steffen in Gwatt.

BS/EB 11.4.1996

Basel

Medienmitteilung der Schulsynode zum Thema «Lehrerbildung an die Universität»

Die Staatliche Schulsynode des Kantons Basel-Stadt nimmt in einem offenen Brief an Regierungsrat Cornaz Stellung zum Übernahmeangebot der Universität für die Berufsausbildung der Lehrkräfte an der Sekundarschule I und II.

Sie hält fest, dass es sich dabei um ein sowohl von den gesetzlichen Grundlagen als auch von der Klärung der Sachfragen her völlig unausgereiftes Projekt handelt.

Um so stossender erscheint es ihr, dass dieses Übernahmeangebot der Öffentlichkeit ohne Anhörung, ja sogar ohne vorgängige Information der Schulsynode und der betroffenen Lehrkräfte im Rahmen einer Medienorientierung unterbreitet wurde.

Pressemitteilung

Freiburg

Mehr Autonomie für die Universität Freiburg

Die Universität Freiburg soll autonomer werden. Wenn der Grosse Rat dem von der Kantonsregierung vorgestellten Gesetz im Mai zustimmt, erhält die Universitätsleitung mehr Kompetenzen. Das neue Rahmengesetz ersetzt einen Erlass aus dem Jahr 1899.

Laut dem neuen Text wird das Rektorat eine eigentliche Hochschulpolitik definieren und die mehrjährige Planung vornehmen können. Der Senat wird von bisher 28 auf neu 22 Mitglieder verkleinert. Der Staatsrat wird der Universität ein jährliches Globalbudget für die Betriebskosten zur Verfügung stellen. Versuchsweise wird dies bereits seit 1993 so gehandhabt. Das Budget wird 1997 erstmals an Zielvorgaben gekoppelt. So verlangt der Staatsrat insbesondere eine Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer.

sda

Obwalden

«Zeugnis ohne Noten» erhält gute Noten

Seit dem Schuljahr 1991/92 werden in den 1. bis 4. Klassen der Primarschule keine Zeugnisnoten mehr erteilt. An deren Stelle muss mindestens ein obligatorisches Beurteilungsgespräch zwischen der Lehrperson und den Eltern geführt werden, welches im Zeugnis zusammen mit dem Promotionsentscheid bestätigt werden muss.

Unter der Leitung des Primarschulinspektorates nahm eine Projektgruppe eine Auswertung der bisherigen Erfahrungen vor. Zu diesem Zweck wurde bei den Eltern der ca. 1600 Kinder, bei den Lehrpersonen und den Schulbehörden eine schriftliche Befragung durchgeführt. Die Rücklaufquoten waren hoch: 877 Eltern (entspricht 75%), 76 Klassenlehrpersonen (81%) und alle Schulräte.

Allgemeine Beurteilung: 71% der Eltern und 84% der Lehrpersonen erklärten sich grundsätzlich einverstanden, dass im Zeugnis erst am Ende der 4. Klasse Noten erteilt werden. Mit einer Ausnahme äusserten sich auch die Schulräte grundsätzlich positiv zur Beurteilungsreform.

Schulblatt 2/96

Sankt Gallen

Umsetzung des neuen Reglementes über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen: Einsatz einer Arbeitsgruppe

Der Erziehungsrat hat auf Antrag der Fachkommission «Kantonale Maturitätslehrgänge» die Projektorganisation für die Umsetzung des neuen Reglementes über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) beschlossen. In dieser Projektorganisation wurde u.a. der Einsatz einer Arbeitsgruppe «Lehrpläne» vorgesehen. Diese soll allgemeine Fragen des Lehrplans bearbeiten. Nachdem der Erziehungsrat im Januar dieses Jahres die Rahmenbedingungen für die weiteren Reformarbeiten für die Umsetzung des MAR erlassen hat, kann die Arbeitsgruppe «Lehrpläne» ihre Arbeit aufnehmen.

Schulblatt 4/96

Schwyz

Integrationskurse Ausweitung des Angebots im Schuljahr 1996/97

Gemäss Beschluss des Regierungsrates soll der Integrationskurs an der Kantonalen Berufsschule Pfäffikon im Schuljahr 1996/97 weitergeführt und das Angebot auf den inneren Kantonsteil (KV Schwyz) ausgeweitet werden.

Seit Beginn des laufenden Schuljahres führt die Kantonale Berufsschule Pfäffikon einen Integrationskurs für jugendliche Ausländer im Alter von 15–20 Jahren gemäss den Richtlinien des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) durch. Mit einer intensiven Ausbildung sollen schulische und kulturelle Defizite aufgefangen werden. Dank verbesserter Voraussetzungen für den Einstieg in die Berufsbildung kann den Jugendlichen die gesellschaftliche Integration erleichtert werden.

sb/sz 2/96

Uri

Neue Stundentafeln für die Oberstufe und das Untergymnasium

Auf das Schuljahr 1996/97 treten gestaffelt neue Stundentafeln für die Oberstufe und das Untergymnasium in Kraft. Der Erziehungsrat hat deren Einführung am 6. Dezember 1995 bzw. am 10. Januar 1996 beschlossen. Die hauptsächlichen Änderungen betreffen die Angleichung der Gesamtstundenzahl unter den verschiedenen Stufen und der Lektionsdotations in den einzelnen Lern-

bereichen (Fächern). Neu ist der Einbau des Fremdsprachenunterrichts gemäss dem Gesamtsprachenkonzept von 1990. Neu ist ebenfalls eine gewisse Flexibilität für die einzelnen Schulen durch Festlegung von minimalen und maximalen Lektionszahlen (analog zu den Fachlektionen der Primarschule).

Schulblatt 4/96

Zürich

Deutlicher Rückgang der Mittelschuleintritte

Die neueste Ausgabe des statistischen Mitteilungsblattes der Erziehungsdirektion enthält Kurzinformationen zu den Zahlen des laufenden Schuljahres 1995/96. Eine überraschende Entwicklung betrifft den deutlich abgeschwächten Zugang zu den 21 Mittelschulen des Kantons. Insgesamt sind über 220 Schülerinnen und Schüler weniger in die Probezeit eingetreten, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme von 6,5 Prozent entspricht. Dieser Rückgang ist erstaunlich, da die Vorstufe (Sekundarschulen) noch zunehmende Bestände aufweist.

Pressemitteilung

Neues «Leitbild für das sonderpädagogische Angebot im Kanton Zürich»

Der Erziehungsrat hat nach einer breiten Vernehmlassung ein Leitbild für das sonderpädagogische Angebot in Kraft gesetzt.

Das neue Leitbild fordert, dass alle Kinder und Jugendlichen, einschliesslich der schwer behinderten, in ihrer intellektuellen, sozialen und persönlichen Entwicklung so weit wie möglich gefördert und zu einem möglichst eigenständigen Leben befähigt werden. Es orientiert sich weniger an den Defiziten als an den Stärken des Kindes, und es fordert die Schule, die Eltern und die Fachleute zur Zusammenarbeit in der Bewältigung von Schulschwierigkeiten auf. Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten sollen soweit wie möglich gemeinsam im Regelkindergarten und in der Regelklasse gefördert werden. Diese integrative Ausrichtung lässt jedoch das Führen von Sonderklassen als Möglichkeit ausdrücklich zu. Den lokalen Schulbehörden soll bei der Ausgestaltung ihres sonderpädagogischen Angebots ein breiter Spielraum zugestanden werden, damit eine möglichst gute Anpassung an die lokalen Gegebenheiten erreicht wird.

Pressemitteilung

Empfehlungen für Sonderklassen E/Mischform

Der Erziehungsrat hat Empfehlungen für Sonderklassen E/Mischform erlassen. Die Sonderklassen E dienen zur Einschulung von Kindern ausländischer Herkunft. In zahlreichen Gemeinden werden aber die betroffenen Kinder nicht mehr in eigentlichen Sonderklassen eingeschult, sondern teilweise in Normalklassen (Mischform). Zu Beginn des Schuljahres 1995 bestanden in 24 Schulgemeinden schon 40 Abteilungen dieser Einschulungsform. Sie wurden von 547 Schulkindern besucht.

Pressemitteilung

Breite Akzeptanz der Fünftagewoche in der Schule

Die Gemeinden des Kantons Zürich nehmen die Kompetenz wahr, die ihnen für die Einführung der Fünftagewoche in der Schule übertragen worden ist. Laufend werden Entscheide gefällt, die offensichtlich in den meisten Fällen für die Fünftagewoche ausfallen.

Zukunft der Zürcher Lehrerbildung Abschluss der Kommissionsarbeit

Mit Beschluss vom 8. September 1992 hat der Erziehungsrat die Kommission «Zukunft der Zürcher Lehrerbildung» eingesetzt. Die aus 27 Mitgliedern zusammengesetzte Kommission wurde beauftragt, einen umfassenden Bericht zur Lehrerbildung vorzulegen. Der Bericht soll dem Erziehungsrat Entscheidungsgrundlagen zur Anpassung der Ausbildungsgänge an die absehbaren Entwicklungen im Bildungswesen (Oberstufenreform, europäische Anerkennungsnormen, Pädagogische Hochschulen) bieten. Die Kommission hat den umfangreichen Bericht mit Anträgen betreffend das weitere Vorgehen am 31. Januar 1996 einstimmig verabschiedet.

Pressemitteilung

Beschwerden gegen Lohnkürzungen abgewiesen

Im vergangenen Jahr wurden die Besoldungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt Zürich um 5,1 Prozent gekürzt. Auf Antrag von Stadt- und Gemeinderat hatte der Souverän dieser – extremen, aber notwendigen – Sparmassnahme zugestimmt. Der VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) und andere Gruppierungen reichten gegen diese Massnahme beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde ein. Lausanne hat diese Beschwerde nun vollumfänglich abgewiesen. Die Begründung des Entscheides steht noch aus.

NZZ, 13./14.4.96

Universitätsangehörige gegen überstürztes Sparen – Opposition von Privatdozenten, Mittelbau und Studenten

Auf die Sparaufträge der Regierung wird an der Universität mit der Bildung einer relativ breiten, wenn auch kaum sehr mächtigen Protestfront reagiert. Erstmals haben sich die Vereinigungen der Titularprofessoren und Privatdozenten, der Assistenten und der Studenten (VSU und Studierendenrat) sowie die VPOD-Sektion Zürich Staatspersonal zusammengetan. Unter anderem lancieren sie eine Petition an Regierungs- und Kantonsrat, in der sie sich gegen konzeptlose Eingriffe, einen Stellenabbau und eine weitere Erhöhung der Studiengebühren wenden. An einer Pressekonferenz haben sie ihre Opposition und ihre Forderungen begründet.

C.W. in «NZZ», 3.4.96

Bezirksschulpflegen nur noch Rekursinstanzen? – Erziehungsrat beantragt Abschaffung der Visitatoren

Der Erziehungsrat hat beschlossen, Gesetzesänderungen zur Reorganisation der Bezirksschulpflegen in die Wege zu leiten. Ein entsprechender Entwurf zur Revision des Unterrichts- und des Volksschulgesetzes ist den Schulbehörden der Gemeinden und Bezirke, schulpolitischen Organisationen, politischen Parteien, Gewerkschaften und weiteren Organisationen zur Vernehmlassung unterbreitet worden; die Vorlage ist ausserdem durch die Schulkapitel zu begutachten.

Die Bezirksschulpflegen, deren Haupttätigkeit heute in der Visitation der Lehrkräfte der Volksschule besteht, sollen künftig nur noch die Funktionen von Rekurs- und Beschwerdeinstanzen ausüben, wie sie ihnen heute ebenfalls zukommen. Dafür genügen Behörden von 5 bis 9 Mitgliedern – und auf diese Grösse sollen die zwölf Bezirksschulpflegen, die heute zwischen 24 und 155 Mitgliedern zählen, reduziert werden. Die Schulkapitel, die heute ein Fünftel der Mitglieder der Bezirksschulpflegen aus ihren Reihen wählen, sollen auch künftig direkt eine Vertretung abordnen können; für die übrigen Mitglieder der Beschwerde- und Rekursinstanz soll es bei der Volkswahl bleiben.

bl. in «NZZ», 27.3.96